

# Grosser Wirbel um kleine Spesen

Berner Bananengate Selbst Minibeträge landeten in den letzten Jahren auf der Spesenabrechnung. Alles halb so wild, findet der Regierungsrat. Ist das wirklich so?

Regina Schneeberger und Michael Bucher

---

Die Geschichte schlug am Mittwoch hohe Wellen: Die Berner Regierungsräte sollen zum Teil Minibeträge als Spesen abrechnen, etwa für eine Zwischenverpflegung. Dies, obwohl die Regierungsmitglieder über eine Spesenpauschale von 8000 Franken verfügen. Das machte der «Kassensturz» von SRF publik, nachdem er Einsicht in die Spesenbelege der Berner Regierungsräte von 2018 bis 2021 erhalten hatte.

Viel Häme bekommt dabei Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) ab. In seinen Spesenunterlagen tauchen Quittungen für ein Bio-Mehrkornbrötli für 95 Rappen und eine Banane für 20 Rappen auf. Auch ein «Laugenbretzeli mit Butter» für 3.20 Franken wurde mit dem Vermerk «Znüni PhM» über den Kanton abgewickelt.

Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) fällt ebenso mit zwei fragwürdigen Spesenbeträgen auf. So liess er sich 2019 für den Neujahresempfang des Bundespräsidenten für 30 Franken einen «Edenhut» und einen Schal aus. Zudem rechnete er für 20 Franken ein Parkticket für das Swiss Economic Forum ab.

Dürfen solche Kleinstspesen überhaupt abgerechnet werden? Regierungsratssprecher Reto Wüthrich geht auf die Frage nicht konkret ein. Auch im Spesenreglement des Regierungsrats werden keine Untergrenzen beziffert. Klar ist indes: Zusätzlich zur Pauschale können Individualspesen geltend gemacht werden. Verpflegungskosten, Unterkunftskosten, Fahrkosten und Kosten für Auslandsreisen werden damit gedeckt.

Mit diesen Individualspesen solle wettgemacht werden, dass die Pauschale von 8000 Franken pro Jahr im interkantonalen Vergleich tief sei, so Wüthrich. Spitzenreiter ist der Kanton Genf: Mit 34'000 Franken Pauschalspesen sind diese dort mehr als viermal so hoch wie im Kanton Bern. Auch in den Kantonen Waadt und Freiburg sind die Pauschalspesen formidabel, liegen bei 24'000 beziehungsweise 23'800 Franken. Am anderen Ende der Skala ist der Kanton Graubünden mit einer Pauschale von 2400 Franken.

## «Grauzonen wurden ausgereizt»

Adrian Ritz, Experte für Public Management der Universität Bern, sagt zur Spesendiskussion: «Es scheint, dass nichts Unrechtes passiert ist. Grauzonen wurden aber bewusst oder unbewusst ausgereizt.» Eine solche Grauzone gibt es laut ihm zwischen den zwei Abrechnungsmöglichkeiten von Pauschal- und Individualspesen. «Hierfür braucht es klare Leitlinien, was in welche Kategorie gehört - und dass die Znüni-Banane nirgendwohin gehört.»

Fragen wirft auch die vom Regierungsrat gewählte Kommunikationsstrategie auf. So liess er in der «Kassensturz»-Recherche einzig via Kommunikationschef Reto Wüthrich verlauten: «Es handelt sich bei den abgerechneten Aufwendungen um Auslagen, die in einem Exekutivamt auf Kantonsebene üblich und gerechtfertigt sind. Dass die Regierungsmitglieder dem Kanton solche amtlich bedingten Auslagen in Rechnung stellen, entspricht der geltenden Rechtsordnung.»

Am Mittwoch griffen praktisch alle Medien im Land die Story auf. Bananen und Znüni brötli auf Spesen - die Schlagzeile war zu gut, der Schaden für die Berner Regierungsräte angerichtet.

Laut Kanton ist das alles jedoch vor allem eines: viel Lärm um (fast) nichts. Ein Sturm im Wasserglas. Die Kritik an Philippe Müller bezeichnet Kommunikationsleiter Wüthrich als «falsch und ungerechtfertigt». «Es gibt kein Regierungsmitglied, das Kleinstbeträge als Spesen abrechnet - erst

recht nicht systematisch», hält er weiter gegenüber dieser Redaktion fest. Von den angefragten Regierungsräten wollte sich niemand äussern.

Der Kommunikationschef übt Kritik an der «Kassensturz»-Berichterstattung. Dieser habe nach Durchsicht von Hunderten Belegen auf 300 Seiten «lediglich zwei Einzelfälle gefunden, die rund fünf Jahre zurückliegen und nicht mehr nachvollziehbar sind». Daraus lässt sich herauslesen, dass Regierungsrat Müller die genannten Zwischenverpflegungen wohl nicht selber besorgt hat, sondern jemand aus seiner Direktion - womöglich als Snack während einer Besprechung.

Doch warum hat der Kanton dies nicht schon im «Kassensturz»-Beitrag klargestellt und so womöglich einen Shitstorm verhindert? Man habe es als «unpassend» erachtet, «wenn Regierungsmitglieder zu einzelnen Spesenquittungen mit durchwegs verhältnismässig geringfügigen Beträgen Auskunft erteilen sollen», schreibt die Kommunikationsabteilung.

## **Christoph Ammann ist Spitzenreiter**

Ein Blick in die Individualspesen der Regierungsmitglieder für die Jahre 2017 bis 2022 liefert weitere Hinweise darauf, dass hier wohl nicht der ganz grosse Spesenskandal vorliegt. So liegen diese nie über 4200 Franken pro Jahr. Es gibt auch Jahre, in denen Regierungsräte gewisser Direktionen keine Individualspesen geltend gemacht haben.

Zählt man die Beträge der sechs Jahre zusammen, so ist Regierungsrat Christoph Ammann (SP) Spitzenreiter mit Individualspesen von rund 12'200 Franken. Das dürfte auch seiner Funktion als Wirtschaftsdirektor geschuldet sein, in der so mancher «Business Lunch» mit Wirtschaftsvertretern anfallen dürfte. Mit insgesamt 956 Franken ist Justizdirektorin Evi Allemann (SP) die am wenigsten ausgabenfreudige Spesenbezieherin.

Im «Kassensturz»-Beitrag werden auch vereinzelte Mittagessen auf Kantonskosten erwähnt. Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) traf sich etwa für einen «Business-Lunch» inklusive Rotwein mit zwei Politikern und mehreren Mitarbeitenden des Bundesamtes für Gesundheit BAG. Kostenpunkt: 627 Franken.

Solche Essenseinladungen hält Adrian Ritz jedoch für gerechtfertigt. «Lunches mit externen Geschäftspartnern müssen für Regierungsmitglieder möglich sein», sagt der Professor für Public Management, «es ist nicht im Sinne des Kantons und der Bürger, wenn man die paar wenigen Tausend Franken für Geschäftsessen bei einem Kantonsbudget von 12 Milliarden Franken streichen will.» In Politik und Wirtschaft seien Geschäftsessen und Repräsentation wichtig. Doch es gebe dabei natürlich Grenzen.

Für Missstimmung sorgt auch, dass bei Kantonsangestellten andere Massstäbe gelten als bei der Regierung. So könnten Polizisten, die unterwegs Mittagessen würden, nur 24 Franken geltend machen, wie Daniel Wyrch, Geschäftsführer des bernischen Staatspersonalverbands und ehemaliger SP-Grossrat, sagt. «Das ist knapp berechnet.»

## **Philippe Müller räumt Fehler ein**

Der Personalverband setzte sich in der Vergangenheit für eine Erhöhung der Mittagspauschale ein. Beispielsweise auf 30 Franken. Der Regierungsrat aber habe im vergangenen Sommer eine Erhöhung abgelehnt. Gemäss Wyrch wurde der Entscheid folgendermassen begründet: Mittagessen würden die Angestellten ja ohnehin. Die 24 Franken seien nur eine Entschädigung für den Mehraufwand, der beim Auswärtsessen anfalle. «Wenn man so argumentiert, müsste auch der Regierungsrat einen Teil der Kosten für Geschäftsessen selbst tragen.»

Am Mittwochabend äusserte sich in der Spesenaffäre schliesslich doch noch ein Regierungsrat zu Wort - allerdings nur auf der Plattform X (vormals Twitter). «Es gibt zwei Bretzel (2018) & 1 Banane (2019), die falsch verbucht wurden, mein Fehler. Seither wurden von mir keine Kleinstspesen abgerechnet», schreibt Philippe Müller dort.

Auch die Politik beschäftigt die Geschichte

GLP-Grossrat Tobias Vögeli will der Sache mit den Spesen auf den Grund gehen und in den nächsten Tagen einen parteiübergreifenden Vorstoss lancieren, kündigt er am Mittwoch im «Regionaljournal» von Radio SRF an. Ob Handlungsbedarf besteht, kann derweil Regina Fuhrer (SP), Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, noch nicht sagen. Man werde das Thema aber an der nächsten Sitzung besprechen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) mit den Spesen der Berner Regierung befasst. Nach einer Anfrage im Grossen Rat um mehr Transparenz bat die Aufsichtskommission 2019 den Regierungsrat um eine detaillierte Spesenaufstellung.

Danach gab es jedoch nur einen kleinen Rüffel: «Die GPK kam zum Schluss, dass es hinsichtlich einer transparenten Berichterstattung noch Optimierungspotenzial gibt.»

Kritisiert wurde, dass der Regierungsrat die sogenannten Repräsentationskosten nicht aufgeschlüsselt hatte. Zudem hatte es die Regierung, «entgegen dem Wunsch der GPK» unterlassen, aufzuzeigen, wie viel Pauschalspesen pro Regierungsratsmitglied geltend gemacht wurden, statt nur die Gesamtsumme auszuweisen. (rsc/mib)

© Berner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten.